

Zentralrat Deutscher Sinti und Roma

18. Mai 2009

PRESSEERKLÄRUNG

Sinti und Roma würdigen Fortschritte bei der Minderheitenschutz-Politik in Deutschland nach 60 Jahren Grundgesetz

In einer Erklärung an Bundespräsident Horst Köhler und Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich des 60-jährigen Bestehens der Bundesrepublik würdigte der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma die in Politik und Gesellschaft erzielten Fortschritte für den Minderheitenschutz und die Aufarbeitung der Geschichte des Holocaust. Die erstmalige offizielle Anerkennung des Völkermordes an den Sinti und Roma durch die Bundesregierung im Jahre 1982 und das Gesetz zur Anerkennung der deutschen Sinti und Roma als nationale Minderheit im Jahre 1998, markierten fundamentale Schritte für gesellschaftliche Akzeptanz und Ansehen der Minderheit in Deutschland, erklärte der Zentralrat. Damit wurden die deutschen Sinti und Roma neben der dänischen, friesischen und sorbischen Minderheit unter den Schutz der Konvention des Europarates gestellt. „Es ist ein Verdienst der deutschen Politik und ein Vorbild, dass sie die Bürgerrechtsarbeit des Zentralrats als Motor dieser Entwicklung von Anbeginn förderte und im Jahre 1997 die Eröffnung des Dokumentations- und Kulturzentrums in Heidelberg als bisher einzige Einrichtung dieser Art in Europa ermöglichte“, bekräftigte der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose. Damit wurde auch ein Vorbild für andere europäische Länder gegeben.

Durch das Engagement des Bundes sei es möglich gewesen, dass der Zentralrat - neben seiner Arbeit gegen alle Formen von Diskriminierung - mit politischen Initiativen die systematische Benachteiligung bei der Entschädigung der Holocaust-Opfer aus der Minderheit herausarbeiten konnte. Dadurch war es möglich, dass mit sorgfältiger Kleinarbeit neue positive Entscheidungen der Behörden in mehr als 3000 Einzelfällen wegen der erlittenen Verfolgungsschicksale herbeigeführt wurden. Die erstmals durch das Dokumentationszentrum erstellten historischen Dokumentationen über den nationalsozialistischen Völkermord an den Sinti und Roma, die heute Standardwerke sind, und insbesondere die dazu ins Werk gesetzten Ausstellungen auf nationaler Ebene und internationaler Ebene, seien wichtige Schritte zur Schaffung eines gesellschaftlichen Bewusstseins für diesen Teil des Holocaust, erklärte Rose. Die Mithilfe der Politik trug dazu bei, dass eine ständige Ausstellung in der Gedenkstätte Auschwitz durch das Dokumentationszentrum geschaffen und eine entsprechende Ausstellung in englischer Sprache im Europäischen Parlament, im UN-Hauptquartier in New York und vielen europäischen Hauptstädten vorgestellt werden konnte.

Trotz aller positiven Entwicklungen sei es aber immer noch keine Selbstverständlichkeit, dass Sinti und Roma als gleichberechtigter Teil dieser Gesellschaft respektiert werden. „Sorge bereitet uns vor allem die zunehmende Bedrohung durch Rechtsextremisten und Neonazis; aber auch im alltäglichen Leben müssen noch viele Schritte zur gleichberechtigten ‚Normalität‘ unternommen werden“, ergänzte Zentralratsvorsitzender Rose. Aktuell wichtig sei auch der Schutz und die Erhaltung der Gräber verstorbener Holocaust-Überlebender, die nach geltenden Friedhofsordnungen von Einebnung bedroht sind.